

ERMUTIGEN

AMADEU ANTONIO STIFTUNG №18 HANDELN FÜR DEMOKRATIE

Der Hund hat gebellt

Von Anetta Kahane

In den letzten Wochen haben wir, die Mitarbeitenden der Amadeu Antonio Stiftung, sehr viel Solidarität erfahren. Das tat uns wirklich gut, denn auf der sogenannten Todesliste von Franco A. zu stehen, hat uns doch umgetrieben. Auch wenn wir nicht ängstlich reagieren, macht es uns etwas aus. Deshalb sind uns alle guten Wünsche von Herzen willkommen. Viele Menschen machen sich Sorgen um uns. Doch ich kann sie beruhigen: Es hat sich im Grunde nichts geändert. Wieso das so ist, lässt sich am besten mit einem jüdischen Witz erklären: Da fragt ein Jude einen anderen, der gerade aus der alten Heimat zurückgekehrt ist: »Na, was gibt's Neues in Krotoschin?« Der andere antwortet: »Nichts Neues. Oder doch: der Hund hat gebellt in Krotoschin.« »Der Hund hat gebellt? Wieso hat er gebellt?« »Na wegen des Gerennes im Dorf. Einer hat ihn wohl getreten.« »Wie? Gerenne?« »Na mit den Wassereimern!« »Wassereimer? Wieso?« »Es hat gebrannt. Wir mussten löschen.« »Es hat gebrannt?! Geht's meinen Eltern gut?« »Deine Eltern sind bei der Tante im Nachbardorf untergekommen. Ihr Haus ist, wie fast alle, vollkommen zerstört.« »Das ist ja furchtbar! Wer war das! Wieder die Kosaken?« »Ja, wieder ein Pogrom.« »Das ist ja nichts Neues! Diese verdammten...« »Ja, sag ich doch: Nichts Neues in Krotoschin.«



Wir gewöhnen uns an Gefahren, wir haben Erfahrungen damit. Jeder, der sich mit den neuen Rechtsextremen anlegt, muss damit rechnen: Hassmails, Bombendrohungen, Milzbrandbriefe, Beschimpfungen auf der Straße und bei Veranstaltungen gehören fast zum Alltag. Neulich saß ich auf einem Podium in München. Im NS-Dokumentationszentrum, ein geschützter Raum, wie ich dachte. Im Publikum: einige AfD-Anhänger, das ist Teil der Debatte. Aber hinten an der Wand, direkt neben dem Ausgang, lehnten drei Männer, breitbeinig, die Arme gekreuzt. Sie gehörten, wie ich später erfuhr, zu den Attentätern auf das Jüdische Gemeindezentrum in München vor einigen Jahren. Da standen sie, den Blick auf die Diskutanten fixiert. Hinterher kam es mir vor, als hätten sie uns ein Fadenkreuz auf die Stirn gebrannt. Kein gutes Gefühl. Damals Attentäter, heute Pegidisten oder Identitäre. Aber dass sie da sind, ist nichts Neues. Wenn wir diesen Witz erzählen, dann weil wir auf unsere Weise klarkommen. Wenn aber Zyniker meinen, wir sollten uns nicht so anstellen, das wäre doch nur Show und so gefährlich seien die paar Hanseln nicht, dann ist das Ignoranz. Seit Jahren recherchieren wir zu Rechtsextremismus und sind deshalb gut imstande, auch die Lage in der Stiftung mit kühlem Verstand zu analysieren. Das explizite Feindbild dieser Rechtsextremen zu sein, die vernetzt mit der neuen Rechten interagieren, bedeutet, dass sich die Bedrohungslage verdichtet. Wir als Mitarbeitende der Stiftung stehen paradigmatisch für die vielen, die sich ohne den Schutz öffentlicher Aufmerksamkeit mit dem Rechtsextremismus auseinandersetzen. Ihnen ist diese Gefährdung geläufig; sie werden andauernd angegriffen und diffamiert. Wir geben deshalb die Solidarität an die Kollegen und Freunde weiter, die sie mindestens ebenso brauchen. Wir lassen uns nicht einschüchtern. Denn es gibt einen Grund, weshalb wir angegriffen werden. Die Gesellschaft ist moderner, diverser, bunter und heterogener geworden. Das passt diesen Leuten nicht. Wir lassen nicht zu, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Und wenn der Hund noch so bellt.



Stürmische Zeiten

Aus Gegenwind wird Rückenwind

Dem Rechtspopulismus die Stirn bieten Von Robert Lüdecke

Diese Monate sind sehr entscheidend für das rechtspopulistische Lager. Die Bundestagswahl soll die Bestätigung bringen, dass »das Volk« im großen Stil die politische Wende will. Auftrieb und Hoffnung gaben zuletzt internationale Vorbilder: in Österreich und Frankreich sind jeweils Rechtspopulist_innen in die Stichwahl zum Präsidenten gelangt. In den USA besetzt ein Präsident das Amt, der dem »politischen Filz« den Kampf angesagt hatte – mit Unterstützung der organisierten Rechten. Und auch die deutschen Rechtspopulist_innen sehen sich im Kampf gegen das Establishment und wähen dabei »das Volk« hinter sich. Gegen vermeintliche gesellschaftliche Zwänge, gegen angebliche Bevormundung, gegen die Gleichbehandlung aller Menschen. Kurz: Sie haben der mühsam erkämpften deutschen Demokratie den Kampf angesagt.

»Man wird ja wohl noch...«

Der große Erfolg der Neuen Rechten und der Rechtspopulist_innen ist vor allem ein sprachlicher: Mit gezielten Provokationen und kontinuierlichen Tabubrüchen ist es ihnen gelungen, die Grenze des Sagbaren im eigenen Sinn zu verschieben. Und das mit schwerwiegenden Folgen: Was lange Zeit als verpönt galt oder nach langer demokratischer Debatte gesellschaftlich geächtet war, ist – »endlich« – wieder sagbar. Wer in Sozialen Netzwerken bis zur Volksverhetzung gegen Flüchtlinge aufstachelt, Homosexualität als etwas Abnormales verteuelt und die Errungenschaften der Gleichstellung von Mann und Frau in Frage stellt, bekommt eher tosenden Beifall als kritische Gegenstimmen. Gewürzt wird die Stimmungsmache regelmäßig mit Verschwörungstheorien und einer Abrechnung mit dem politischen System und den etablierten Parteien. Volksvertreter seien »Volksverräter«, Slogans wie »Mut zur Wahrheit!« gaukeln vor, dass die vermeintliche Wahrheit »von denen da oben« nicht gewollt wäre und deshalb die Meinungsfreiheit eingeschränkt würde. Wer sich Kommentarspalten ansieht, stellt fest: Solche Parolen sind nicht die Ausnahme, sondern die Regel.

Das Bundesinnenministerium registrierte 2016 so viele rechte Straftaten wie noch nie. Jüdinnen und Juden fürchten um ihre Sicherheit, weil der Antisemitismus in allen Teilen der Gesellschaft zunimmt. Verschwörungstheorien haben Hochkonjunktur und schaffen es bis in den gesellschaftlichen Mainstream. Noch immer werden regelmäßig Flüchtlingsunterkünfte angegriffen, immer mehr Menschen bewaffnen sich. Die Festnahme einer Gruppe Rechtsextremer um den Soldaten Franco A. aufgrund konkreter Anschlagpläne zeigt: Rechter Terror ist eine akute Gefahr.

Die Grenzen sind verschoben

Dass es diesen Hass gibt, erschreckt niemanden mehr. Auch nicht, dass immer mehr Menschen mit der Demokratie abgeschlossen haben und dass sie Medien und Presse nicht mehr trauen. Wer früher mit Neonazis diskutierte, wusste sich auf der richtigen Seite. Denn die waren gesellschaftlich geächtet, ihre Parolen tabuisiert. So klar verlaufen die Grenzen aber längst nicht mehr. Wer sich für die demokratische Debatte entscheidet und kritisch nachfragt, wird als »linksgrünveriff« oder »anti-deutscher Gutmensch« beschimpft. Hass, Drohungen, Anfeindungen: Das Stresslevel der Auseinandersetzung ist ein anderes.

Ohne Frage – in diesen stürmischen Zeiten ist es schwieriger geworden, sich politisch und gesellschaftlich zu engagieren. Es erfordert Mut, Haltung und ungeheure Kraftanstrengung, den Gegenwind auszuhalten. Vor allem wenn man selbst zur Zielscheibe des Hasses wird, sobald man sich für Gleichwertigkeit und Meinungsfreiheit einsetzt.

Tatenlosigkeit ist keine Option

In der politischen Debatte, in Medien, Kunst und Wissenschaft haben sich längst Tatenlosigkeit und Resignation breit gemacht. Es wird nur noch analysiert und akzeptiert – und mit bangem Blick auf die Bundestagswahl geschaut, mit der leisen Hoffnung, dass es vielleicht doch nicht ganz so schlimm wird. Menschenfeindlichkeit, Demokratiemüdigkeit, Medienschelte – all das wird als unabänderlich hingenommen, als gehöre es nun einmal dazu, zu unserer »postfaktischen« Gesellschaft.

Doch auch wenn wir diesen Eindruck gewinnen könnten: Dieses düstere Bild entspricht nicht der Realität. Denn die gute Nachricht: Die Menschen engagieren sich trotzdem – vielleicht gerade deswegen! Und dem Freiwilligen Survey der Bundesregierung zufolge werden es sogar immer mehr, die sich engagieren und für die Gesellschaft einsetzen – weil sie diese gestalten wollen, anstatt achselzuckend zuzuschauen. Es ist eine Sache, sich bei einer Wahl einmalig zu befragen, wie wir leben wollen. Die andere ist es, täglich an einer gelebten demokratischen Gesellschaft zu arbeiten.

Jetzt ist nicht die Zeit für Resignation und Tatenlosigkeit. Jetzt ist der Zeitpunkt, sich auf die Seite derjenigen zu stellen, die sich der Herausforderung stellen. Die Amadeu Antonio Stiftung ist seit ihrer Gründung für sie da. Mit Rückenwind für diejenigen, die nicht tatenlos zusehen. Für diejenigen, die eingreifen, wenn sich rechte Gewalt und Rassismus breit machen. Für diejenigen, die Betroffenen eine Stimme geben. Engagieren Sie sich! Oder helfen Sie uns dabei, diese Initiativen zu unterstützen.

Amadeu Antonio Preis ausgelobt

Save the date: 28. November 2017, Eberswalde

Zum zweiten Mal vergeben die Stadt Eberswalde und die Amadeu Antonio Stiftung 2017 den Amadeu Antonio Preis für kreatives Engagement gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit. Aus 55 Bewerbungen werden drei am 28. November im brandenburgischen Eberswalde ausgezeichnet – in jenem Ort, an dem rechte Jugendliche vor 27 Jahren den angolanischen Vertragsarbeiter zu Tode prügeln. »Seinem Andenken und der Erinnerung an fast 180 weitere Opfer rechter Gewalt in den letzten 27 Jahren widmen wir diesen Preis ebenso wie allen, die mit ihrer Kunst Stellung gegen Menschenfeindlichkeit beziehen«, sagt Anetta Kahane, Vorsitzende der nach ihm benannten Stiftung. Weitere Informationen unter: www.amadeu-antonio-preis.de

1200. Projekt gefördert

Die Amadeu Antonio Stiftung hat vor kurzem den 1200. Projektantrag seit ihrer Gründung bewilligt: Das Stralsunder Projekt »Beteiligte dich!« setzt sich für eine demokratische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern ein. Hier haben rechtsextreme Übergriffe und Aktionen seit dem Ankommen von Geflüchteten deutlich zugenommen.

Allein 2017 hat die Stiftung mit Hilfe ihrer Spender_innen bereits 67 Projekte gefördert.

Bürgerwehren: Hilfssheriffs oder inszenierte Provokation?

Sie nennen sich »Bürgerwehr Hannover« oder »Dülseldorf passt auf!«: zivile Gruppen, die sich als »Macher« inszenieren, um Stimmung gegen Minderheiten zu machen. Diese Zusammenschlüsse stellen das staatliche Gewaltmonopol infrage und verfolgen häufig eigennützige, rassistische und rechtsextreme Interessen. Vor allem bei Facebook sympathisieren Zehntausende mit solchen Gruppen. Und der Hass trägt sich auf die Straße. Im März begann der Prozess gegen die »Bürgerwehr Freital«, der u.a. die Gründung einer terroristischen Vereinigung und versuchter Mord vorgeworfen wird.

Werden Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung, Polizei und Medien mit solchen Bürgerwehren konfrontiert, stehen sie dem Problem meist ratlos gegenüber. Wie lassen sich »harmlose« private Sicherheitsinitiativen von demokratiegefährdenden unterscheiden? Die neue Handreichung »Bürgerwehren« der Amadeu Antonio Stiftung ordnet das Phänomen ein und bietet praktische Handlungsempfehlungen für die Auseinandersetzung vor Ort. Erhältlich ist sie gedruckt und als Download bei der Stiftung.

Die Amadeu Antonio Stiftung tritt für eine Gesellschaft ein, in der Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus keinen Platz haben. Hierfür unterstützt die Stiftung lokale Initiativen, die sich dauerhaft gegen menschenfeindliche Einstellungen engagieren sowie für Demokratie und den Schutz von Minderheiten eintreten. Für sie und ihr Handeln wollen wir Öffentlichkeit schaffen, ihnen mit Rat und Tat oder auch finanzieller Unterstützung zur Seite stehen.

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

Positionieren – konfrontieren – streiten

Neue Broschüre mit Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD

Die AfD ist angekommen – seit ihrem ersten Einzug in ein deutsches Länderparlament im September 2014 ist eine gefühlte Ewigkeit vergangen. Auch heftigste Skandale, Spaltungen und Wechsel in der Führungsspitze haben der Partei anscheinend nicht geschadet. Politiker_innen wie Björn Höcke, Frauke Petry, Alexander Gauland oder Beatrix von Storch treten vielmehr den Beweis an, dass menschenfeindliche Inhalte in Deutschland 2017 erfolgreich sein können. Deshalb steht die Zivilgesellschaft mehr denn je vor der Frage: Was hilft gegen Rechtspopulismus – in Parlamenten, Bildungseinrichtungen oder unserem Alltag? Wie können wir demokratische Standards gegen minderheitenfeindliche Politik schützen? Wie können wir verhindern, dass ein Normalisierungseffekt einsetzt, der es zum Beispiel als akzeptabel erscheinen lässt, das AfD-Politiker_innen NS-Vokabular verwenden? Wie gelingt es zivilgesellschaftlichen und politischen Akteur_innen, eigene Akzente zu setzen, statt immer nur auf kalkulierte Provokationen zu reagieren? So banal es klingen mag: Wir sind nun alle gefragt.

Es muss darum gehen, im Umgang mit Rechtspopulist_innen die Auseinandersetzung nicht zu scheuen und Haltung zu zeigen. Und es geht um nicht weniger, als sich gemeinsam gegen den Angriff auf die Demokratie zu wehren. Für eine vielfältige, offene und solidarische Gesellschaft einzustehen und Anfeindungen gegen Minderheiten als Angriff auf uns alle zu begreifen. Echte Alternativen können nur überzeugen, wenn sie selbst eine klare politische, soziale, ökologische Agenda im Angebot haben und sich unmissverständlich gegen Ausgrenzung und Rassismus richten. Im Juni veröffentlichen wir unsere komplett überarbeitete Handreichung mit vielen Beispielen für einen gelungenen Umgang mit Rechtspopulist_innen. Sie richtet sich an Pädagog_innen sowie Beschäftigte der Familien- und Jugendarbeit, an Schulen, Hochschulen und Verwaltungen, Öffentlichkeits- und Social Media-Arbeiter_innen, Politiker_innen in Landesparlamenten und Kommunalvertretungen sowie alle Interessierten.

von Oliver Saal



Ihr Engagement wirkt

Ruben Bögeholz und Niklas Schröder verstärken das Team der Amadeu Antonio Stiftung als lernende und engagierte Praktikanten. Hier stellen sie ihre beiden Lieblingsprojekte vor, die 2017 durch Spenden gefördert werden konnten.

GEFÖRDERTE PROJEKTE **Niklas:** Was viele rechte Gruppierungen und Bewegungen dieser Tage eint, ist der Versuch, den öffentlichen Diskurs nach rechts zu verschieben. Die demokratische Debattenkultur soll durch die Verbreitung von Hass, Anfeindungen und Verleumdungen verändert werden – dadurch gerät die Grundlage der Zivilgesellschaft in Gefahr. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Umso wichtiger finde ich es, dass Projekte unterstützt werden, die diesen Angriffen auf die demokratische Gesellschaft einen zivilisierten und offenen Diskurs entgegensetzen. So wie das Projekt **»Wucht der Worte«**, das seit März in Stuttgart läuft. In Vorträgen, Diskussionsveranstaltungen und Lesungen thematisiert die Veranstaltungsreihe völkischen Sprachgebrauch, bietet Seminare zu Hasskommentaren in sozialen Netzwerken oder Argumentationstrainings gegen populistische Aussagen. Noch bis Ende des Jahres sind Interessierte in Stuttgart eingeladen, an den Veranstaltungen der Stiftung Geißstraße in Zusammenarbeit mit vielen anderen Stuttgarter Initiativen teilzunehmen.

Ruben: Einen aktiven Beitrag leisten für Gleichberechtigung und gegen die Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Trans* und Inter* – das wol-

len verschiedene Initiativen und Institutionen mit den **Aktionswochen gegen Homo-, Inter*- und Trans*phobie in Greifswald**, die in diesem Jahr von der Amadeu Antonio Stiftung gefördert werden. Das vielfältige Programm aus Vorträgen, Lesungen, Filmvorführungen und vielem mehr läuft noch bis zum 14. Juni und steht allen Interessierten offen.

Begonnen haben die Aktionswochen am 17. Mai – jenem Tag, an dem Homosexualität 1990 aus dem Diagnoseschlüssel der Weltgesundheitsorganisation und damit als Krankheit gestrichen wurde. Svenja Goy von der Bildungsinitiative Qube erklärt: »Die inhaltliche Auseinandersetzung mit Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bi, Trans* und Inter* ist in Mecklenburg-Vorpommern stark unterrepräsentiert. Daran wollen wir etwas ändern! Die Veranstaltungen thematisieren ein vielfältiges Spektrum an Themen und richten sich an ein breites Publikum. Alle, die interessiert sind oder sich informieren wollen, sind herzlich eingeladen.« Damit soll der zunehmenden Mobilisierung rechter Parteien und Bewegungen in Mecklenburg-Vorpommern ein klares Zeichen für eine offene Gesellschaft entgegengesetzt werden, in der jede*r ohne Angst verschieden sein kann. Es ist toll, dass so viele Spender_innen der Amadeu Antonio Stiftung die Möglichkeit geben, solche Projekte zu fördern, die sich für einen respektvollen Umgang in unserer Gesellschaft einsetzen.



Flüchtenden eine Stimme geben

Eine Ausstellung zu Flucht und Protest



© travellingbureau.blogspot.eu

GEFÖRDERTES PROJEKT »The paper now is like gold, like money. Without paper you are not a human!« Das erzählt ein junger syrischer Journalist im Februar 2016. Als einer von tausenden Menschen sitzt er zu dieser Zeit in einem Camp im nordgriechischen Idomeni fest und wird an der Weiterreise gehindert. »Here we are in jail.« Er bringt die menschenunwürdigen Zustände, die Verzweiflung und den Überlebenskampf, die viele Menschen hierzulande nur schwer nachvollziehen können, auf den Punkt. Erleichtern soll dies eine Ausstellung, die nicht nur sehr persönlich erklärt, warum Menschen fliehen und welche Behandlung sie erleben – sie lässt vor allem Geflüchtete zu Wort kommen. Studierende der Universität Göttingen waren dazu 2016 auf der sogenannten »Balkanroute« nach Nordgriechenland gereist. Die von ihnen gesammelten Interviews, Fotos und Videoaufnahmen bilden nun eine mobile Ausstellung, die nach ihrer Eröffnung im Göttinger Künstlerhaus ab Herbst 2017 auf Tour gehen wird. Sie erzählt Geschichten vom Rassismus in einer

Aufnahmeeinrichtung im nordgriechischen Diavata, von der Verständnislosigkeit eines afghanischen Jungen, der aufgrund seines Passes nicht mehr weiterreisen darf, oder von einem jungen Kurden, der an der Grenze zu Slowenien festgesetzt und zurück nach Griechenland abgeschoben wurde. Die Ausstellung beleuchtet die Ereignisse zwischen dem »langen Sommer der Migration«, als täglich tausende Menschen Deutschland erreichten, und der endgültigen Schließung des Grenzübergangs bei Idomeni im Frühling 2016. Sie schließt dabei immer wieder den Bogen zu den Debatten, die zeitgleich in Deutschland geführt wurden: Von ernst gemeinter Willkommenskultur über die Verschärfung des Asylrechts bis hin zu Angriffen auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte. Die Ausstellung wurde durch die Amadeu Antonio Stiftung gefördert. Sie eignet sich für die politische Bildungsarbeit und steht nach ihrer Premiere interessierten Initiativen zur Verfügung.

von Niklas Schröder

Eine alltägliche Bedrohung: Lagebild zum Antisemitismus 2016/2017

Anfang April schilderte der israelische Botschafter in Deutschland, Yakov Hadas-Handelsman, in einem Artikel eine Szene im jüdischen Teil der amerikanischen Stadt Cambridge: Er lief durch die Straßen, vorbei an Synagogen, Delis mit Davidstern und Männern mit Kippa. Erst später merkte er, was ihm zunächst nicht aufgefallen war: Nirgends standen Wachposten oder Sicherheitszäune. Was in Israel und den USA selbstverständlich ist, ist in Deutschland so nicht vorstellbar – Jüdinnen und Juden sind



© Niklas Schröder

hier tagtäglich Bedrohungen, Beleidigungen und Angriffen ausgesetzt. Im Jahr 2016 registrierte die Polizei 644 antisemitische Straftaten. Als Konsequenz geben sich viele Jüdinnen und Juden auf der Straße nicht mehr offen zu erkennen. Synagogen, jüdische Schulen und Gemeinden werden rund um die Uhr von der Polizei bewacht, viele beschäftigen zusätzlich private Sicherheitsdienste. Der Antisemitismus ist eine reale Gefahr, die in den letzten Jahren zugenommen hat. Große Teile der nicht-jüdischen Gesellschaft nehmen diese Situation nicht wahr: Antisemitismus sei heute kein Problem mehr, so ein weit verbreiteter

Irrglaube. Denn in Umfragen werden seit einigen Jahren sinkende Umfragewerte zu klassischen antisemitischen Aussagen verzeichnet. Doch die Realität ist komplexer und gibt keinen Grund zur Entwarnung: Antisemitismus drückt sich weniger mit den alten Klischees aus, sondern vielfach verdeckt, z.B. als sogenannte »Israel-Kritik« oder Kapitalismus-Bashing. Auch der sekundäre Antisemitismus, der mit der Abwehr der nationalsozialistischen Vergangenheit zusammenhängt, ist weiterhin gefährlich. So ist es schwieriger geworden, aktuelle Formen des Antisemitismus zu erkennen und zu bekämpfen. Die Amadeu Antonio Stiftung veröffentlicht regelmäßig eine Bestandsaufnahme dazu, erfasst antisemitische Vorfälle in einer bundesweiten Chronik und fördert Projekte vor Ort, die sich gegen Judenfeindschaft engagieren. Das Lagebild für die Jahre 2016/2017 kommt zu dem Ergebnis, dass Antisemitismus in allen Teilen der Gesellschaft anzutreffen ist. »In der extremen Rechten ist Judenfeindschaft ein zentrales Element der Weltanschauung, das völkische Kreise mit klassischen Neonazis, Holocaustleugner_innen und Esoteriker_innen verbindet«, erklärt Jan Riebe, Mitarbeiter der Stiftung. Auch im Rechtspopulismus von Pegida und der AfD ist Antisemitismus viermal so weit verbreitet wie im Rest der Gesellschaft. Von zahlreichen AfD-Politiker_innen sind antisemitische Äußerungen bekannt, und auf dem Parteitag im April 2017 wurde ein Antrag für einen anti-antisemitischen Konsens ohne Diskussion abgelehnt. Antisemitismus gibt es aber auch von links, in der Mitte der Gesellschaft und unter Menschen mit Migrationshintergrund. Häufig äußert er sich hier als Feindschaft gegen Israel. Der jüdische Staat wird dabei als »kolonial- und Besatzungsregime« bezeichnet, ihm wird das Existenzrecht abgesprochen, und die Verteidigung gegen Raketenangriffe wird als »Aggression« dargestellt. Antisemitische Einstellungen kommen zudem in sozialen Netzwerken, Medienberichten und Schulbüchern zum Ausdruck und verbinden sich in vielen Fällen mit Verschwörungsideologien. Dieser alltägliche Antisemitismus ist nicht nur ein Problem von Jüdinnen und Juden, sondern betrifft und beschädigt die ganze Gesellschaft. Es liegt an uns, ihm konsequent entgegenzutreten und somit den wirksamsten Schutz zu liefern.

von Ruben Bögeholz

Watchblog mit Watchdog: belltower.news ist online

Mit neuem Namen und überarbeitetem Konzept ging das Portal belltower.news im April 2017 online und trat damit an die Stelle von netz-gegen-nazis.de. ERMUTIGEN im Gespräch mit der Chefredakteurin Simone Rafael über den Namenswechsel, die Debattenkultur im Netz und einen Blick in die Zukunft.

Aus netz-gegen-nazis.de wird belltower.news. Wieso habt ihr euch zu diesem Schritt entschieden?

Wir erweitern unser Themenfeld. Rechtsextremismus ist weiterhin ein Problem für die Demokratie in Deutschland, aber das sind auch Rechtspopulismus, Rassismus und Antisemitismus, also Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die nicht nur im Rechtsextremismus zu finden sind. Wir möchten über alles berichten, was uns gesellschaftlich problematisch erscheint, auch wenn es keinen Nazi-Bezug gibt. Der alte Name ist für unser komplexes Arbeitsfeld zu eng geworden.

Bezweckt ihr mit dem Namenswechsel auch eine Sensibilisierung der Leser_innen für digitalen Hass im Netz?

Ja. Wenn wir etwa auf Hate Speech im Internet schauen, sehen wir nicht nur demokratiefeindliche Einstellungen, sondern auch einen Mangel an Medienkompetenz und Debattenkultur, der zur



weiteren Verbreitung von Vorurteilen und zur Verfestigung von einmal gefassten Meinungen führt. Wir wollen uns zukünftig auch damit auseinandersetzen, wie konstruktive Debatten geführt werden können, welche Gegenstrategien wirksam sind – ein »Netz für digitale Zivilgesellschaft« sein, wie der Untertitel der Seite ja auch heißt.

Besucher_innen von belltower.news finden neben den bewährten Kategorien nun auch eine Schaltfläche zum Stichwort »Debatte« auf der Website. Was hat es damit auf sich?

Hier wollen wir uns mit argumentativem Handwerkzeug auseinandersetzen und Leser_innen in vernünftigen Debatten on- und offline unterstützen: Wo finde ich Gegenargumente, und welche funktionieren? Welche Argumentationsstrategien nutzen Rechtspopulist_innen? Wie erkenne ich gefälschte Nachrichten und Social Bots? Was können wir alle gegen Hassrede tun? Außerdem veröffentlichen wir meinungsstarke Debattenbeiträge zu den Themen, die uns wöchentlich bewegen.

Hass und Hetze gegen politische Gegner_innen und Minderheiten scheinen in den letzten Jahren stark zugenommen zu haben. Wie schätzt ihr diese Entwicklung ein? Was kann eine Plattform wie belltower.news diesem Hass entgegensetzen?

Rechtspopulistische, rassistische und menschenfeindliche Hetze war in Deutschland immer in einer gewissen Anzahl von Köpfen – die Forschung spricht von rund 20 Prozent der Menschen in Deutschland. In lokalen Zusammenhängen war das Engagierten und Betroffenen schon immer klar, im Internet wird der Hass aktuell für alle sichtbar. Dies ist aber auch für viele Menschen ein Grund, engagierter für Demokratie, Menschenrechte und Werte, die uns wichtig sind, zu streiten. Und hier sehe ich auch die Aufgabe von belltower.news: Monitoring und beschreiben, was passiert – Strategien entwickeln – und Menschen zum Nachdenken und zum Aktivsein ermutigen.

belltower.news ist nun schon einige Wochen online. Wie fällt euer vorläufiges Fazit aus?

Die ersten Reaktionen sind positiv – die Erweiterung der Berichterstattung wird allgemein sehr begrüßt. Daneben gibt es auch Irritationen, wie sie der Namenswechsel eines etablierten Projekts wie »Netz gegen Nazis« mit sich bringt. Ich hoffe aber, dass wir »belltower.news – Netz für digitale Zivilgesellschaft« durch unsere fundierte Berichterstattung und Themensetzung gut etablieren können: als den Watchblog mit Watchdog, der auf demokratiegefährdende Entwicklungen achtgibt.



Chefredakteurin Simone Rafael

© Anna Gold

Es hört nicht auf Rechte Gewalt gegen Asylsuchende

Die Zahlen sind alarmierend: Die »Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle« dokumentiert 3771 Fälle rassistisch motivierter Gewalt gegen Asylsuchende 2016. Eine Bestandsaufnahme.

Es wird geschlagen und getreten, gehetzt, geschossen und gesprengt, mit Steinen und Molotow-Cocktails geworfen. Hunderte Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, werden Opfer rechter Gewalt. Der Kampf gegen Geflüchtete und ihre Unterstützer ist eindeutig das dominierende Thema der organisierten Rechten.

Eine weitverbreitete Annahme lautet: Seit weniger Geflüchtete nach Deutschland kommen, nehme auch die Zahl rassistisch motivierter Übergriffe ab. Ein Trugschluss, wie ein Blick in die »Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle« zeigt. In der Chronik sammelt die Amadeu Antonio Stiftung gemeinsam mit Pro Asyl rechte Übergriffe auf Geflüchtete in Deutschland. Für das vergangene Jahr dokumentiert sie bundesweit 3.771

Übergriffe auf Asylsuchende, darunter 120 Brandanschläge. Hinzu kommen 590 tätliche Übergriffe. Insgesamt zählt die Auflistung 433 Verletzte durch Brandstiftungen und körperliche Attacken.

Jeden Tag zehn Übergriffe

Im Schnitt gab es im vergangenen Jahr also täglich zehn Übergriffe auf Asylsuchende. Hinzu kommen hunderte rechte Demonstrationen und Kundgebungen, bei denen unverhohlen gegen Geflüchtete gehetzt wird.

Die Dokumentation ist im Internet öffentlich einsehbar. Als einzige Datenbank bietet sie einen zeitnahen bundesweiten Überblick über rechte Übergriffe. Sie ist ein Gradmesser für Hass und Gewalt im Land und erfüllt eine zivilgesellschaftliche Kontrollfunktion: Denn die Chronik ist ein notwendiges Korrektiv zu den Angaben der Sicherheitsbehörden, die immer wieder Fehler aufweisen. Zum Vergleich: Das Bundeskriminalamt hat im vergangenen Jahr 3.533 Übergriffe auf Asylsuchende registriert – also rund 200 Fälle weniger, als in der Chronik dokumentiert sind.

Warum? Um die Vergleichbarkeit der Statistiken zu gewährleisten, orientieren sich die Amadeu Antonio Stiftung und Pro Asyl grundsätzlich an den Erfassungskriterien der Sicherheitsbehörden. Quellen sind im Idealfall Polizeimeldungen. Allerdings werden viele Vorfälle von den zuständigen Ermittlungsstellen nicht per Pressemitteilung öffentlich gemacht. In zwei Bundesländern kann dieses Problem exemplarisch benannt werden: Aus den Angaben des Berliner Senats geht hervor, dass die Polizei hier im Jahr 2016 insgesamt 50 Übergriffe auf Geflüchtete registrierte. Allerdings veröffentlichten die Behörden nur in sieben Fällen eine entsprechende Pressemitteilung. Kaum besser die Lage in Bayern: Von 415 registrierten Fällen machten die bayerischen Ermittlungsbehörden nur 94 auf eigene Initiative hin öffentlich.

Die Dunkelziffer dürfte in jedem Fall deutlich höher liegen. Viele Fälle kommen nie zur Anzeige – teils, weil die Betroffenen Angst vor der Polizei haben, teils, weil sie kein Aufsehen erregen wollen

aus Sorge um ihren Aufenthaltsstatus oder ihr laufendes Asylverfahren.

Insbesondere Lokalredaktionen erhalten oftmals wertvolle Hinweise auf Vorfälle, die andernfalls nicht zeitnah öffentlich gemacht würden. Ein Beispiel: Am 23. Februar 2016 warfen Unbekannte mit einem Stein die Scheibe einer Asylunterkunft im sächsischen Moritzburg ein. In dem dahinter liegenden Zimmer befanden sich zum Tatzeitpunkt mehrere Menschen, glücklicherweise wurde niemand verletzt. Ein Zeuge hatte die Sächsische Zeitung auf den Vorfall hingewiesen. Erst auf Nachfrage der Redaktion bestätigte die zuständige Ermittlungsstelle den Vorfall, weiterführende Details wurden der Zeitung jedoch verweigert. Nur der Hartnäckigkeit der Redaktion ist es zu verdanken, dass die Öffentlichkeit überhaupt von dem Vorfall erfuhr. So konnten wir den Fall in die Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle aufnehmen. In der Statistik des Bundeskriminalamts fehlt dieser Vorfall jedoch bis heute.

von Marius Münstermann

Gewalt gegen Asylsuchende 2016



Durchschnittlich alle 3 Tage ein Brandanschlag

433 Verletzte durch Brand und Körperverletzungen



3771 Angriffe auf Asylsuchende

Sächsischer Förderpreis für Demokratie 2017

Zur Preisverleihung des Sächsischen Förderpreises für Demokratie laden wir am 6. November 2017 nach Dresden ein. Zum bereits elften Mal ehren wir Initiativen und Kommunen, die sich für eine demokratische Alltags- und Willkommenskultur im Freistaat Sachsen einsetzen. Eine unabhängige Jury hat auch dieses Jahr die Qual der Wahl der zwei Hauptpreisträger und Anerkennungspreise aus der Fülle mutiger Projekte.

Ausgelobt wird die Auszeichnung im Juni von der Amadeu Antonio Stiftung, der Cellex Stiftung, der

Save the date: 6. November, Dresden

Freudenberg Stiftung, der Sebastian Cobler Stiftung und der Stiftung Elemente der Begeisterung. Weitere Informationen unter:

www.demokratiepreis-sachsen.de

SÄCHSISCHER FÖRDERPREIS FÜR DEMOKRATIE 2017

Was wurde eigentlich aus ...?

Ein von Flüchtlingen organisiertes Sportfest, Musiker_innen, die Spenden für Opfer rechtsextremer Gewalt sammeln, oder eine Kunstausstellung über die Erfahrungen auf der Balkanroute – über 1.200 vielfältige Projekte hat die Amadeu Antonio Stiftung seit ihrer Gründung gefördert. Aber was passiert, nachdem der Fußball wieder in der Sporttasche verschwunden ist, die Musikregler runtergedreht sind und die Hallen der Kunstgalerie schließen?

Das Netzwerk für Demokratische Kultur aus Wurzen (NDK) ist ein Paradebeispiel dafür, wie sich eine von uns unterstützte Initiative dauerhaft menschenfeindlichkeit entgegenstellt. Vor 15 Jahren wurde das Kulturzentrum das erste Mal von der Amadeu Antonio Stiftung gefördert. Doch die Frage »Was wird eigentlich aus ...?« ist von Beginn an notwendig, um dauerhaft Engagement vor Ort sicherzustellen. Was sind die Themenschwerpunkte des Projektes und mit welchen Herausforderungen sieht sich das NDK konfrontiert? Wie hat sich das Kulturzentrum entwickelt und inwiefern konnte die Förderung zivilgesellschaftliche Arbeit vorantreiben? Als Stiftung ist es uns wichtig, nicht nur kurzfristige Akzente für ein demokratisches Bewusstsein zu setzen. Daher beschäftigen wir

regelmäßig in die Schlagzeilen: Wurzen. Rechts-extrem orientierte Jugendliche dominierten die öffentlichen Räume und die Verantwortlichen versuchten einen Mantel des Schweigens über die zahlreichen rechten Vorfälle zu legen. 1999 war es lediglich eine Handvoll engagierter Menschen, die sich gegen die rassistische Vereinnahmung des Ortes stellten und das Netzwerk für Demokratische Kultur gründeten. Wenig später begann die Förderung durch die Amadeu Antonio Stiftung. Eine groß angelegte Spendenaktion zusammen mit der »ZEIT« brachte 51.000 Euro für den Kauf eines Kultur- und Bürger_innenzentrums ein, das bis heute als Raum für eine Fülle von Projekten und Veranstaltungen dient – vom Begegnungscafé über politische Diskussionsreihen bis hin zur individuellen Beratung zum Thema Asylrecht. Ingo Stange vom NDK blickt zurück: »Der Amadeu Antonio Stiftung verdanken wir letztlich unsere Existenz und natürlich unser Haus. Sie hat uns von Anfang an intensiv begleitet und ermuntert, uns beim damaligen politischen Gegenwind in Wurzen nicht unterkriegen zu lassen.« Auch in den letzten Jahren haben wir das NDK immer wieder bei spannenden Projekten unterstützt. So wurde unter anderem gemeinsam ein Comic-Workshop realisiert und die demokratische Diskussionskultur in Schulen gefördert.



Frau Sehr und Ahmed Matar vom NDK unterstützen Geflüchtete und Asylsuchende im Alltag und bei Fragen zum Asylrecht © NDK

uns auch nach einer Projektförderung weiterhin mit den geförderten Partner_innen und ihren Themen. Wofür brauchte und braucht es also das Netzwerk in der sächsischen Kleinstadt? Wenn aktuell über flüchtlingsfeindlichen und rassistischen Aktionismus im Freistaat berichtet wird, sind es vor allem Namen wie Freital, Bautzen oder Nauen, die besonders auffallen. In den 90er Jahren dagegen galten andere Orte als Hotspots der neonazistischen Szene. Neben Hoyerswerda geriet auch ein Ort östlich von Leipzig

Was wurde also aus dem 2001 erstmals geförderten NDK? Ein starkes Projekt, das sich seit nunmehr 17 Jahren erfolgreich rechtsextremen Tendenzen in Sachsen entgegenstellt und demokratisches Bewusstsein fördert. Mittlerweile sind die 10 Mitarbeiter_innen fest in der Stadtpolitik verankert und werden regelmäßig als Expert_innen zu Rate gezogen. Wir freuen uns auf weitere spannende Projekte und viele erfolgreiche Jahre mit dem Netzwerk für Demokratische Kultur in Wurzen!

von Mick Prinz

... dem Netzwerk für Demokratische Kultur in Wurzen?

Den Hintergründen nachspüren Jugendliche entwickeln App mit Geschichtspfaden zu NSU-Morden

GEFÖRDERTE PROJEKTE

Eine schieferne Gedenktafel an der Fassade. Darauf einige verwelkte Blumen. Sonst nichts. Wer den kleinen Laden in der Münchener Bad-Schachener-Straße passiert, muss genauer hinschauen, um zu erfahren, was sich am 29. August 2001 hier abgespielt hat. Als die Terroristen des selbsternannten »Nationalsozialistischen Untergrunds« in das Geschäft von Habil Kılıç eindrangen und den Gemüsehändler mit zwei Schüssen in den Kopf töteten. Was die Passant_innen nicht erfahren können: die Lebensgeschichte von Habil Kılıç, das Versagen der Ermittlungsbehörden, die Verdächtigungen der Polizei gegen Familie und Freunde. Dabei bleibt die Geschichte von Habil Kılıç in München kein Einzelfall. Auch an den anderen Tatorten, an denen der NSU mordete und Menschen schwer verletzte, erlebten die Angehörigen der Opfer Rassismus durch Sicherheitsbehörden und Medien. Nie verfolgte man Hinweise auf eine rechtsextreme Motivation der Taten, stets wurden die Mörder im Umkreis der Mafia vermutet – bis sich der NSU 2011 selbst enttarnte. Das Projekt »History Reclaimed« des Kölner Vereins La Talpa e.V. räumt damit auf. Jugendliche selbst entwickeln hier eine App für thematische Stadtrundgänge an sieben Orten, in denen der NSU mordete oder wie in der Kölner Keupstraße Menschen schwer verletzte. Die App führt als digitaler Geschichtspfad durch die jeweiligen Stadtteile, erzählt von Einwanderung und den Spuren des Rassismus und lässt Betroffene in Interviews zu Wort kommen. Für die App treffen sich Jugendliche mit lokalen Gedenkinitiativen, besuchen Erinnerungsorte und sichten Material aus den NSU-Untersuchungs-



© Niklas Schröder

schüssen. Auf critical-walks.net können sich Interessierte über den Stand informieren und die einzelnen Stadtrundgänge kostenlos herunterladen. »Der erste Stadtteilpfad in Köln-Mülheim wurde bereits am 19. Mai auf dem NSU-Tribunal in Köln eingeweiht«, berichtet David Stoop, Projektkoordinator bei La Talpa e.V. Weitere der etwa einstündigen Stadtrundgänge werden ab Herbst 2017 durch Rostock, München, Kassel, Dortmund, Nürnberg und Hamburg führen.

von Niklas Schröder

Wir lassen Betroffene rechter Gewalt nicht allein!

Gifhorn, 8. Mai 1991: Der 23-jährige Matthias Knabe wird von einer Gruppe Neonazis angegriffen und verfolgt. Dabei hetzen sie den jungen Punk direkt auf eine Bundesstraße. Dort wird er von einem Auto erfasst und erleidet schwere Verletzungen, an denen er am 4. März 1992 im Krankenhaus stirbt. Einer der Neonazis wird wegen Beteiligung an einer Schlägerei und fahrlässiger Tötung zu zwei Jahren Haft verurteilt. Ob Matthias Knabe selbst vor das Auto gelaufen ist oder von den Neonazis davor gestoßen wurde, kann das Gericht nicht feststellen. Es ist grotesk, dass Matthias Knabe trotz eines eindeutig politischen Kontextes noch immer nicht offiziell als Opfer rechtsextremer Gewalt in Deutschland anerkannt ist. Für die Änderung dieses Sachverhalts kämpft sein Vater seit nunmehr 25 Jahren und wird dabei vom Opferfonds CURA der Amadeu Antonio Stiftung unterstützt. Gemeinsam mit Julia Willie Hamburg, Abgeordnete des Niedersächsischen Landtags für Bündnis 90/Die Grünen, setzen wir uns für das Anliegen Bernd Knabes ein. Wenngleich die Qualität der rechtsextremen Gewalt der 1990er Jahre nicht erreicht wurde, ist die Zahl rechtsextremer Straftaten wieder besorgniserregend hoch. Vor allem Geflüchtete stehen im Fokus rassistischer Hetze und Gewalt. Ein Beispiel:



Im nordhessischen Lohfelden wird ein irakischer Flüchtling auf dem Heimweg Opfer eines brutalen Angriffs, bei dem ihn der Täter mit einem Messer attackiert und schwer verletzt. Die Folgen des Angriffs: eine Notoperation sowie ein zweimonatiger stationärer Klinikaufenthalt. Hinzu kommt das schwere Trauma, an dem der Betroffene seit dem Übergriff leidet. In Fällen wie diesen vermittelt der Opferfonds CURA professionelle Hilfe durch lokale Opferberatungsstellen und unterstützt die Betroffenen finanziell. Damit wir diese wichtige Aufgabe auch weiterhin wahrnehmen können, sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen. Helfen Sie uns mit einer Spende an den Opferfonds CURA, damit die Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt nicht allein gelassen werden!

von Maximilian Kirstein

Licht in das Dunkelfeld antisemitischer Straftaten

GEFÖRDERTE PROJEKTE

Ein Mann, der wegen eines Buttons mit Davidstern und Regenbogen beleidigt und bedroht wird. Ein Veranstaltungspakat mit Karl Marx, auf das jemand ein Fadenkreuz und das Wort »Jude« gesprüht hat. Ein ehemaliger Politiker der Kasseler AfD, der Bilder über eine angebliche jüdische Verschwörung im US-Kongress auf seiner Facebook-Seite veröffentlicht und als Delegierter zum Bundestag geschickt wird – das sind nur drei Beispiele für den alltäglichen Antisemitismus, der für Jüdinnen und Juden eine zunehmende Bedrohung darstellt. Dokumentiert wurden sie von der »Informationsstelle Antisemitismus Kassel«, einem Projekt des Sara Nussbaum Zentrums für Jüdisches Leben, das seit 2016 besteht und von der Amadeu Antonio Stif-

tung gefördert wird. Hierher können sich Menschen wenden, die von antisemitischen Übergriffen betroffen sind oder diese beobachtet haben. Die Einrichtung bietet persönliche Gespräche, um das Erlebte zu verarbeiten, veröffentlicht Vorfälle und hilft bei der strafrechtlichen Ahndung, wenn dies gewünscht ist. Meldungen können in deutscher, englischer und russischer Sprache abgegeben werden. Ob ein Vorfall als antisemitisch zu bewerten ist, wird nach nachvollziehbaren wissenschaftlichen Kriterien entschieden. Mit ihrer Arbeit will die Informationsstelle die jüdische Community in Kassel und ihr israelolidarisches Umfeld stärken. Vorbild des Projekts ist die »Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus« (RIAS), die ebenfalls von der Amadeu Antonio Stiftung gefördert wird. Die Berliner Einrichtung bringt seit 2015 erfolgreich Licht in das Dunkelfeld antisemitischer Straftaten. Häufig werden diese nicht angezeigt, da die Betroffenen sich von der Polizei nicht ernstgenommen fühlen. In der Öffentlichkeit wird das Problem daher allzu oft unterschätzt. Durch die Dokumentation antisemitischer Vorfälle schaffen RIAS und die Informationsstelle ein Bewusstsein für aktuelle Formen der Judenfeindschaft. In Kassel wird in diesem Jahr die Zusammenarbeit mit »Response Hessen«, einer Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt, und anderen lokalen Akteuren ausgebaut. Außerdem soll ein Online-Meldeformular eingerichtet werden und die Informationsstelle bekannter gemacht werden, um dem alltäglichen Antisemitismus entschieden entgegenzuwirken. Mit einer Spende an die Amadeu Antonio Stiftung können Sie dieses und ähnliche Projekte unterstützen.

von Ruben Bögeholz



© Sara Nussbaum Zentrum Kassel

Rechte Narrative im Netz: Monitoring-Bericht 2016/2017

Noch sind keine zwanzig Stunden seit dem Anschlag auf den BVB-Mannschaftsbus vergangen, schon ist für die AfD Berlin alles klar: »Anschlag auf BVB: Islamisten verantwortlich!«, verkündet sie auf ihrer Facebook-Seite. Ihre Strategie, durch schnelle Reaktionen Deutungshoheit zu erlangen und Aufmerksamkeit zu erzeugen, ist sehr erfolgreich: Der Facebook-Auftritt der »Alternative für Deutschland« hat 53.000 Fans mehr als die beiden Seiten von CDU und SPD zusammen. Dass rechte Kräfte besser als viele andere verstehen, Soziale Medien für die Verbreitung ihrer Ideologie zu nutzen, zeigt sich auch am Auftritt der NPD auf Facebook: Sie haben dort mehr Fans als jede der beiden großen Volksparteien. Um zu verstehen, warum sie so erfolgreich sind, und um eine Grundlage für mögliche Gegenstrategien zu schaffen, veröffentlicht die Amadeu Antonio Stiftung nun schon zum zweiten Mal einen Monitoring-Bericht über rechtsextreme und rechtspopulistische Phänomene im Social Web. Neben der Vorstellung relevanter Akteure, ihrer Themen und Strategien richteten wir unseren Fokus dieses Jahr verstärkt auf die Analyse ihrer Erzählungen, da wir diese als elementar für ihren Erfolg bewerten. So fanden wir z.B. die Erzählung des »kriminellen Fremden« in fast jedem fünften der von uns untersuchten Beiträge des Facebook-Auftritts von Pegida. Der Monitoring-Bericht bietet inhaltliche Erklärungen und enthält eine quantitative Untersuchung über die Häufigkeit und den Erfolg dieser Erzählungen im letzten Jahr. Wie falsch es ist, ungeprüft solche Erzählungen zu

verbreiten, zeigt sich am Beispiel des Beitrags der AfD Berlin. So stellte sich später heraus, dass der tatsächliche Bombenleger aus Habgier handelte, um durch Wetten auf einen sinkenden Aktienkurs eigene Gewinne zu erzielen. Der Monitoring-Bericht wird als kostenloser Download auf der Stiftungswebseite zur Verfügung gestellt und kann in der Amadeu Antonio Stiftung bestellt werden.

von Miro Dittrich



IHRE SPENDE KOMMT AN!

Seit ihrer Gründung ist eines der Hauptanliegen der Amadeu Antonio Stiftung, Zivilgesellschaft vor Ort zu stärken. Ein tolles Beispiel hierfür ist das Kunst- und Kulturfestival »Stimmen aus dem Off«, das die Werdauer Initiative gegen Rassismus diesen Sommer veranstaltet. An drei Tagen bietet es Jugendlichen die Möglichkeit, sich auf kreative Weise mit Themen wie Rassismus, Diskriminierung und Migration auseinanderzusetzen – ein Angebot, das in der Kleinstadt nahe Chemnitz bisher weitgehend fehlt. Dass wir dabei helfen können, solche Initiativen ins Leben zu rufen, verdanken wir der Unterstützung unserer Spender_innen. 1.200 Initiativen konnten wir bereits unter die Arme greifen, da-

von allein 67 in diesem Jahr, die sich vor Ort ganz konkret für eine demokratische Kultur einsetzen und damit Menschenverachtung und Ausgrenzung klare Kante zeigen. Sie wollen mehr davon? Dann machen Sie mit:

Spendenkonto GLS Bank
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
BIC: GENODEM1GLS

Spenden an die Amadeu Antonio Stiftung sind steuerlich abzugsfähig. Bitte geben Sie für die Spendenquittung bei der Überweisung im Betreffsfeld oder mit einer kurzen E-Mail Ihre Adresse mit an.

Impressum

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung, Juni 2017
Novalisstraße 12 · 10115 Berlin
info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de
Redaktion: Sofia Vester, Robert Lüdecke und Timo Reinfrank (V.i.S.d.P.)
Titelfoto: Niklas Schröder, Gestaltung: Design
Sofern nicht anders angegeben, liegen die Bildrechte bei der Amadeu Antonio Stiftung.

ICH MÖCHTE DIE AMADEU ANTONIO STIFTUNG UNTERSTÜTZEN!

- Ich spende per Lastschrift einmalig _____ €
- Ich spende per Lastschrift _____ €
 - monatlich
 - halbjährlich
 - jährlich

Ich bin damit einverstanden, dass die Amadeu Antonio Stiftung diesen Betrag von meinem Konto einzieht. Die Einzugsermächtigung kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstitutes keine Verpflichtung zur Einlösung.

IBAN	Name, Vorname
BIC	Straße, Nr.
Name der Bank	PLZ, Ort
Datum	Telefon
Unterschrift	E-Mail

Bitte ausschneiden und einsenden an:
Amadeu Antonio Stiftung, Novalisstraße 12, 10115 Berlin